



**N I E D E R S C H R I F T**

zum öffentlichen Teil

der 36. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Blasewitz - Sondersitzung (SBR BI/036/2022)

am Mittwoch, 30. November 2022,

17:30 Uhr

im Stadtbezirksamt, Ratssaal,  
Naumannstraße 5, 01309 Dresden

**Beginn der Sitzung:** 17:30 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:10 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**  
Christian Barth

**Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen**

Dr. Caroline Förster  
Florian Frisch  
Carola Kufner  
Hannah Schöller  
Doreen Sommer

**Mitglied Liste CDU**

Dr. Volkhard Gürtler  
Dr. Daniel Vorberg

**Mitglied Liste Alternative für Deutschland**

Heiko Müller

**Mitglied Liste DIE LINKE**

Marcus Bartusch  
Andreas Naumann  
Melanie Romberg  
Ilona Schär

**Mitglied Liste SPD**

Christian Kreß  
Michael Kunath

**Mitglied Liste FDP**

Carsten Biesok  
Dr. med. Johannes Etzrodt

**Mitglied Liste Freie Wähler**

Monika Aigner

**Abwesend:****Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen**

Matthias Just zur Sitzung entschuldigt

**Mitglied Liste CDU**

Andreas Atzenbeck zur Sitzung entschuldigt

Agata Reichel-Tomczak zur Sitzung entschuldigt

Johannes Richter zur Sitzung entschuldigt

**Mitglied Liste Alternative für Deutschland**

Kathrin Decker zur Sitzung entschuldigt

Dr. Reinhard Günzel zur Sitzung entschuldigt

René Lange zur Sitzung entschuldigt

**Verwaltung:**

Herr Dr. Blocher

Amtsleiter Bürgeramt

Herr Klinkicht

Sachgebietsleiter Strategie OB, Bürgermeisteramt

Frau Schilling

Sachbearbeiterin Stadtbezirksbeiratsangelegenheiten

Herr Siegert

Stellvertretender Stadtbezirksamtsleiter Blase-  
witz/Loschwitz

**Schriftführerin:**

Frau Graf

Bürgermeisteramt, Stadtratsangelegenheiten

# T A G E S O R D N U N G

## öffentlich

- 1 Kontrolle der Niederschrift zur 35. Sitzung des Stadtbezirksbeirates  
am 09.11.2022
- 2 Informationen zur Terminvergabe in den Bürgerbüros vom Amtsleiter  
des Bürgeramtes
- 3 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die  
Gremien des Stadtrates
- 3.1 Ausrichtung der Bundesgartenschau 2033 in der Landeshauptstadt  
Dresden **V1921/22**  
**beratend**

**öffentlich**

**Herr Barth** begrüßt die Beiräte und Gäste zur 36. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Blasewitz. Es sind 17 Beiräte zur Sitzung anwesend, somit wird die Beschlussfähigkeit hergestellt. Frau Reichel-Tomczak, Frau Decker, Herr Just, Herr Atzenbeck, Herr Richter, Herr Günzel und Herr Lange sind zur Sitzung entschuldigt. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht.

Es gibt keine Änderungs- oder Ergänzungsanträge zur Tagesordnung. Diese wird somit bestätigt.

**1 Kontrolle der Niederschrift zur 35. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 09.11.2022**

Es gibt keine Fragen, Änderungs- oder Ergänzungswünsche.

Die Niederschrift der 35. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Blasewitz vom 09.11.2022 wird von **Herrn Biesok** und **Frau Aigner** unterschrieben und somit zur Kenntnis genommen.

**2 Informationen zur Terminvergabe in den Bürgerbüros vom Amtsleiter des Bürgeramtes**

**Herr Dr. Blocher** erklärt die Situation der Terminvergabe in den Dresdner Bürgerbüros. An Dienstagen werde es jetzt die Möglichkeit geben, spontan Termine zu bekommen.

**Herr Etzrodt** führt aus, dass bisher die Termine für Laufkundschaft vermisst wurden. Er fragt, warum nicht sofort, wieder zum vor der Pandemie gut laufenden System, zurückgekehrt werden könne.

**Herr Dr. Blocher** antwortet, dass das Aufkommen in den Bürgerbüros wegen Corona reduziert werden musste. Man konnte bis vor ein paar Monaten noch nicht sagen, ob es womöglich wieder zu Einschränkungen komme. Es sei nun schwierig, einen freien Tag wiedereinzurichten.

**Herr Frisch** finde die Ausgabebox im Bürgerbüro Altstadt sehr gut. Er fragt, ob diese auch an anderen Standorten geplant sei.

**Herr Dr. Blocher** erläutert, dass die Ausgabebox auch anderen Standorten geplant sei. Am Ferdinandplatz 1 solle zukünftig ein digitales Bürgerbüro errichtet werden. Dort werde es ebenso ein Speedcapture-Gerät geben. Bisher sei dessen Nutzung in anderen Bürgerbüros freiwillig gewesen. Am neuen Standort Ferdinandplatz werde es dann verpflichtend sein.

**Herr Biesok** sehe es nicht so einfach, wie es dargestellt werde. Er beschreibt eigene Erfahrungen im Bürgerbüro Neustadt. Es sei wichtig, freie Kapazitäten sinnvoller zu nutzen. Sehr kritisch sei es, dass Nachweise für die Terminvereinbarung verlangt wurden. Die Bürgerinnen und Bürger haben in den meisten Fällen nur den Kontakt zum Bürgerbüro, als erste Anlaufstelle der Stadtverwaltung. Daher sei es wichtig als Ansprechpartner für die Bürger da zu sein.

**Herr Dr. Blocher** spricht an, dass sich viel Mühe gegeben werde. Von Außenstehenden könne nicht beurteilt werden, in welchem Maß sich um eine Problemlösung gekümmert werde. Die Ka-

pazitäten hätten sich nach Corona aber entspannt. Dennoch sei nie klar gewesen, wann die Pandemie endgültig vorbei sein werde. Man sei daher vorerst beim Terminsystem geblieben. Durch ein Callcenter gebe es die Möglichkeit, eine schnelle Auskunft zu erhalten. In Bezug auf den Nachweis der Dringlichkeit, gebe er Herrn Biesok recht.

**Herr Etzrodt** führt aus, dass der Bürgerservice in Dresden, bis zur Pandemie sehr gut gewesen sei. Daher wäre es schön die alten Zustände mit kürzeren Wartezeiten wiederherzustellen.

**Herr Dr. Blocher** erklärt, dass in ganz Deutschland im Durchschnitt 6 Wochen auf einen Termin gewartet werde. Es habe auch vor der Coronazeit die Möglichkeit gegeben, einen Termin online zu reservieren. In den letzten zwei Jahren wurde der Schwerpunkt nur versetzt.

**Herr Etzrodt** regt an, auf 20 % Onlinetermine und 80 % Laufkundschaft zurückzukehren. Früher sei es definitiv problemloser gewesen.

**Herr Dr. Blocher** antwortet, dass es für Eilsituationen die Möglichkeit gebe, schnell einen Termin zu bekommen oder an einem Dienstag vor Ort zu warten. Eine Erklärung der Notwendigkeit bedürfe es nicht mehr. Er bittet darum die nächsten Wochen abzuwarten. Dann werde sich zeigen, ob ein weiterer Tag hinzugezogen werden könne.

**Herr Barth** fragt, wie es sich in Zukunft entwickeln werde.

**Herr Dr. Blocher** spricht den Fachkräftemangel an. Im Bürgeramt gebe es viele unbesetzte Stellen. Man arbeite auch weiterhin an digitalen und flexiblen Lösungen, wie beispielsweise das Azubi-Bürgerbüro oder den Bürgerkoffer.

**Frau Sommer** fragt, ob es fest geplant sei, dass es mehr als den offenen Dienstag geben solle. Sie fragt nach konkreten Plänen und wie viele Beschwerden zur Situation es gebe.

**Herr Dr. Blocher** führt erneut aus, dass vorerst der Effekt des offenen Dienstages abgewartet werden wolle. Später könne eine weitere Öffnung in Frage kommen. Eine Viertelstunde sei für die Bearbeitung richtig angesetzt, da der Bearbeiter oder die Bearbeiterin in dieser Zeit alle möglichen Anliegen bearbeiten müsse. Teils seien die Termine kurz, aber teilweise dauere es.

**Frau Schär** erklärt, dass wenig für ältere Leute getan werde. Nicht jeder komme gut mit dem Internet klar. Sie fragt, wie viele Stellen unbesetzt seien.

**Herr Dr. Blocher** antwortet, dass rund 60 Stellen im gesamten Bürgerbüro freistehen. Ihm sei es wichtig den Spagat zwischen online und vor Ort Ansprechbarkeit beizubehalten.

**Herr Biesok** führt aus, dass die Pandemie Defizite hervorgebracht habe, welche vorher schon da gewesen seien. Er spricht auch den Datenschutz bei Online-Lösungen an.

**Herr Dr. Blocher** erläutert, dass der Bürgerkoffer seit Anfang des Jahres laufe und Internetlösungen verfolgt werden. Momentan sei die Bundesgesetzgebung so, dass vor Ort im Bürgerbüro vorgeschrieben werden müsse.

**Herr Barth** stellt klar, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bürgerbüros ausgelastet seien und mit dem Terminsystem genug zu tun hätten.

### **3 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates**

#### **3.1 Ausrichtung der Bundesgartenschau 2033 in der Landeshauptstadt Dresden**

**V1921/22  
beratend**

**Herr Klinkicht** stellt die Vorlage vor.

Zu folgenden Themen werden Fragen von **Herrn Kunath, Herrn Kreß, Herrn Frisch und Herrn Vorberg** gestellt.

- weitere Bewerber für 2033
- wurde die Nachhaltigkeit/Flächenentsiegelungen bedacht
- Einbeziehung der Stadtbezirksbeiräte
- dargestellte Bereiche in öffentlicher Hand
- Zeithorizont Blaues Band reiche über 2033 hinaus

**Herr Klinkicht** erklärt, dass es keine Konkurrenzbewerbung sei. Bereits im Voraus habe die Stadt Dresden signalisiert, sich bewerben zu wollen. Daher habe es bisher keine weiteren Bewerber gegeben. Wenn der Stadtrat zustimme, könne die Bundesgartenschau in Dresden geplant werden. Er erläutert, dass Flächenentsiegelungen in der Projektskizze nicht enthalten sei aber in der Machbarkeitsstudie natürlich betrachtet werden. Beteiligungsveranstaltungen werde es geben und eine Einbeziehung der Stadtbezirksbeiräte sei bisher nicht angedacht könne aber aufgenommen werden. **Herr Klinkicht** spricht an, dass viele Fragen erst mit dem Ankauf von Flächen geklärt werden. Einen großen Meilenstein habe man in Leuben erreicht. Die Bewerbung sei nicht davon abhängig. Das Blaue Band solle bis 2027 fertiggestellt sein und die Bewerbung solle wohl einen Beschleunigungsimpuls geben.

Zu folgenden Themen werden Fragen von **Herrn Bartusch, Herrn Gürtler und Frau Schär** gestellt.

- Investition höher als Förderung
- Umsetzung von Beiräten zur Planung (Gruppengröße)
- Teilnahme von Stadtbezirksbeiräten in den Beiräten zur Bundesgartenschau

**Herr Klinkicht** führt aus, dass erst die Machbarkeitsstudie das gesamte Finanzvolumen zeigen könne, wie groß die Investitionen sein werden. Es gebe einen Durchführungshaushalt und durch Einnahmen könne refinanziert werden. Zu den Beiräten zur Planung erklärt er, dass zwischen 10 bis 20 Personen teilnehmen können. Genaues sei aber noch nicht geplant.

**Frau Förster** fragt, wo das Geld im Haushalt zu finden sei und ob es Vergleichsfolien gebe, dass eine Fertigstellung in 6 Monaten erfolgen könne. Sie spricht auch historische Gehölze an, welche bisher als Thema nicht auftauchten.

**Herr Klinkicht** erklärt, dass die Machbarkeitsstudie im auslaufenden Haushalt im Bürgermeisteramt und in der Stadtkämmerei finanziert sei. In einem halben Jahr könne die Machbarkeitsstudie gemacht werden. Es werde sich auf bereits bestehende Fundamente bezogen. Bei der gerade gezeigten Präsentation handele es sich um eine sehr frühe Skizze, weshalb sich noch nicht auf alle möglichen Themen bezogen wurde.

**Herr Naumann** führt aus, dass der Stadtrat zuerst beschließen, ob es eine Bundesgartenschau geben werde. Er erinnere sich an vergangene Projekte, wie die IGA 2003, wo es keine finale Entwicklung gegeben habe. Herr Naumann plädiert für eine Durchführung der Bundesgartenschau in Dresden, da diese einen nachhaltigen Effekt für die Stadtentwicklung und den Tourismus der Stadt habe.

**Herr Frisch** klärt, dass vorerst nur der Machbarkeitsstudie zugestimmt werde. Er fragt zum Südpark.

**Herr Klinkicht** erläutert, dass der Südpark das zentrale Gelände sein werde. Wie genau die Umsetzung und Einbindung des Blauen Bandes erfolge sei noch nicht klar.

**Herr Barth** fragt, was genau der Nutzen für Dresden sei und wie der Stadtbezirksbeirat Blasewitz profitiere.

**Herr Klinkicht** hoffe in diesen Punkten sehr auf die Zusammenarbeit mit den Stadtbezirken. Die Bundesgartenschau in Dresden vereine und versammle die Stadt in einem Ereignis. Auch der Ausbau der Naherholungsflächen sei ein positiver Effekt.

**Herr Frisch** stellt den folgenden Ergänzungsantrag, welcher im Punkt fünf integriert werden solle. „Die betroffenen Stadtbezirksbeiräte werden quartalsweise über den Fortschritt der Erstellung der Machbarkeitsstudie informiert.“

Der Ergänzung werde zugestimmt (Ja 12 | Nein 0 | Enthaltung 3).

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Landeshauptstadt Dresden bekundet ihr Interesse an der Ausrichtung der Bundesgartenschau 2033. Die Ideenskizze (Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zur Durchführung der Bundesgartenschau 2033 erarbeiten zu lassen, welche die Rahmenbedingungen und die Umsetzbarkeit in der Landeshauptstadt Dresden untersuchen soll.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Vertreter der Region ab dem Zeitpunkt der Erstellung der Machbarkeitsstudie entsprechend einzubinden. Ein breites Netz an Außenstandorten sollen die Region und den ländlichen Raum gezielt mit der Landeshauptstadt Dresden



verweben und die Bundesgartenschau im Ergebnis zu einem stark verbindenden Erfolgsprojekt für die gesamte Region Dresden werden lassen.

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich beim Sächsischen Landtag und der Sächsischen Staatsregierung dafür einzusetzen, dass der Freistaat Sachsen eine mögliche Bewerbung der Landeshauptstadt Dresden unterstützt und sich an den Kosten für die Durchführung einer Bundesgartenschau beteiligt bzw. entsprechende Fördermittel bereitstellt.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Bewerbungsbeirat im Rahmen der Projektlenkung sowie iterativen Erarbeitung der Machbarkeitsstudie einzuberufen. Die Leitung obliegt dem Oberbürgermeister. Stimmberechtigte Vertreter sind der Oberbürgermeister, je eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Fraktionen des Stadtrates, die Technische Universität Dresden, die Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden, das Leibnitz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Vertreter der Region, der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Sachsen e.V., die Landesgruppe Sachsen des Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, der Stadtverband Dresdner Gartenfreunde e. V. sowie weitere Vertreter der Verwaltung, insbesondere in Form der Amtsleitungen der Ämter für Stadtplanung und Mobilität, Umwelt sowie Stadtgrün und Abfallwirtschaft. **Die betroffenen Stadtbezirksbeiräte werden quartalsweise über den Fortschritt der Erstellung der Machbarkeitsstudie informiert.** Weitere Experten und Akteure der Stadtgesellschaft sowie universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen sind anlassbezogen hinzuzuziehen bzw. in angemessener Art und Weise einzubeziehen. Die Vertretungen der Fraktionen erhalten eine Aufwandsentschädigung sowie die Sitzungspauschale nach der Entschädigungssatzung der Landeshauptstadt Dresden analog der Mitgliedschaft in einem Beirat nach § 47 SächsGemO“.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Ergänzung  
Ja 10 Nein 3 Enthaltung 2

Es gibt keine Fragen mehr. **Herr Barth** beendet die Sitzung. Die nächste Sitzung finde am 7. Dezember 2022 statt.



SBR-Mitglied



SBR-Mitglied



Christian Barth  
Vorsitzender



Emily Graf  
Schriftführerin